

## MORNING NEWS

### 22. September 2026

| INDEX           | SCHLUSS   | VERÄNDERUNG<br>net | %     | VORTAG    | INDEX            | SCHLUSS   | VERÄNDERUNG<br>net | %     | VORTAG    |
|-----------------|-----------|--------------------|-------|-----------|------------------|-----------|--------------------|-------|-----------|
| DAX             | 25.575,01 | 270,95             | 1,07  | 25.304,06 | DJ 30            | 52.048,83 | 366,19             | 0,71  | 51.682,64 |
| MDAX            | 31.241,96 | 157,99             | 0,51  | 31.083,97 | NASDAQ           | 30.482,35 | 838,18             | 2,83  | 29.644,17 |
| TEC DAX         | 4.008,11  | 6,36               | 0,16  | 4.001,75  | Nikkei 225       | 65.018,95 | 882,70             | 1,38  | 64.136,25 |
| Euro Stoxx50    | 6.318,20  | 82,00              | 1,31  | 6.236,20  | Hang Seng        | 25.131,75 | 89,04              | 0,36  | 25.042,71 |
| Bund Future     | 120,94    | -0,17              | -0,14 | 121,11    | Euro / US-\$     | 1,1478    | 0,00               | 0,11  | 1,1465    |
| Gold in US-\$   | 4.342,77  | -0,66              | -0,02 | 4.343,43  | Öl (Brent) US-\$ | 101,69    | 1,35               | 1,35  | 100,34    |
| Bitcoin / US-\$ | 85.432,32 | -1.554,78          | -1,79 | 86.979,51 | Ethereum / US-\$ | 2.726,78  | -57,11             | -2,05 | 2.783,75  |

### Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

| INDEX         | INDIKATION | ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag) |
|---------------|------------|-----------------------------------------------|
| DAX           | 25.609     | +34                                           |
| NASDAQ Future | 30.821,00  | +36,25                                        |

| AKTIE    | PARITÄT € | VERÄNDERUNG<br>€ | %     | SCHLUSSKURS<br>XETRA in € | SCHLUSSKURS<br>NYSE in \$ | VOLUMEN<br>NYSE |
|----------|-----------|------------------|-------|---------------------------|---------------------------|-----------------|
| SAP AG   | 182,28    | -0,58            | -0,00 | 182,86                    | 209,22                    | 1.824.697,00    |
| Nokia OJ | 9,53      | -0,07            | -0,01 | 9,60                      | 10,94                     | 85.030.025,00   |

### Unternehmenstermine

| UNTERNEHMEN             | RIC                          | ANLASS          | ZEIT  | SCHÄTZUNG |
|-------------------------|------------------------------|-----------------|-------|-----------|
| TUI                     | TUI1n.DE                     | Buchungs-Update | 08:00 | n/a       |
| Europäische Unternehmen | <b>Kingfisher</b> (08:00 Q2) |                 |       |           |

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

### Konjunkturtermine

| LAND | INDIKATOR                             | MONAT        | UHRZEIT | SCHÄTZUNG     |
|------|---------------------------------------|--------------|---------|---------------|
| USA  | ADP Arbeitsmarktbericht (wöchentlich) | 5. September | 14:15   | n/a (16.250)  |
| EWU  | Verbrauchervertrauen, vorab           | September    | 16:00   | -16,0 (-15,5) |
| USA  | Richmond Fed Herstellerindex          | September    | 16:00   | 2 (4)         |

Quelle: Bloomberg

### Wall Street Schlussbericht

| VOLUMEN        | GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.) | US-STAATSANLEIHEN | VERÄNDERUNG | RENDITE (Yield) |
|----------------|-----------------------------|-------------------|-------------|-----------------|
| Volumen NYSE   | 1,29 (4,37)                 | 10-jährige Bonds  | +0,344      | 4,95%           |
| Volumen NASDAQ | 8,78 (12,96)                | 30-jährige Bonds  | +0,641      | 5,28%           |

()=Vortag

Ein **anhaltender Boom bei Aktien rund um Künstliche Intelligenz (KI)** sowie **sinkende Ölpreise** und **Anleiherenditen** haben der US-Technologiebörse Nasdaq am Montag ein Rekordhoch beschert. Der Index stieg um 2,26 Prozent auf 27.122 Punkte und schloss damit erstmals seit dem 2. Juni wieder auf einem Höchststand. Der breiter gefasste S&P 500 gewann 1,5 Prozent auf 7764 Zähler, während der Leitindex Dow Jones 0,7 Prozent auf 52.048 Punkte zulegte.

Gefragt waren vor allem Chipwerte: **Advanced Micro Devices (AMD)** kletterten um rund zehn Prozent, womit der Konzern erstmals einen Börsenwert von einer Billion Dollar erreichte. Auch **Intel** und **Arm Holdings** verzeichneten zweistellige Kursgewinne. **Meta** sprangen nach einer Hochstufung durch Wells Fargo wegen des neuen KI-Assistenten Muse um 11,4 Prozent nach oben.

Papiere des US-Medienkonzerns **Paramount Skydance** verloren drei Prozent, während die von **Warner Bros Discovery** um knapp elf Prozent zulegen. Paramount hatte zuvor den Weg für die 110 Milliarden Dollar schwere Übernahme von Warner Bros freigemacht. Das Unternehmen einigte sich in einem Rechtsstreit mit mehreren US-Bundesstaaten und der Autoren-gewerkschaft Writers Guild of America. Damit steht einer der größten Zusammenschlüsse in der Geschichte der Medienbranche nichts mehr im Wege.

Für Erleichterung am Aktienmarkt sorgte zudem ein **Rückgang der Renditen zehnjähriger US-Staatsanleihen** unter die Marke von fünf Prozent. Gleichzeitig gaben die Ölpreise nach. Ein Fass der Nordsee-Sorte **Brent** verbilligte sich zeitweise auf den tiefsten Stand seit dem 9. September und kostete zuletzt 100,34 Dollar. Händler verwiesen auf Spekulationen über einen möglichen Durchbruch bei den Gesprächen über den Nahen Osten am Rande der UN-Vollversammlung in New York. US-Präsident Donald Trump hatte sich offen für ein Treffen mit dem iranischen Präsidenten Massud Peseschkian gezeigt. "Wir sind darauf programmiert, den Ölpreis und die Rendite der zehnjährigen US-Anleihen zu verfolgen", sagte Art Hogan, Chef-Marktstrategie bei B. Riley Wealth. Beide Faktoren hätten sich zumindest kurzfristig von Gegenwind in Rückenwind für den Markt verwandelt.

Trotz der Kursgewinne behielten Anleger die **Zinsaussichten** im Blick. Die US-Notenbank Fed hatte in der vergangenen Woche erstmals seit drei Jahren die Leitzinsen angehoben, um die Inflation zu bekämpfen. Daten der CME Group zufolge sehen Händler eine Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent für eine weitere Zinserhöhung im kommenden Monat. Im Laufe der Woche werden sich zudem mindestens zehn US-Notenbanker zur Geldpolitik äußern.

## US Unternehmen

Der US-Rüstungskonzern **Lockheed Martin** hat nach eigenen Angaben von der **US-Armee** einen **Auftrag** im Volumen von bis zu 1,2 Milliarden Dollar erhalten. Es gehe dabei um die Produktion der Raketenvariante Increment 2 der sogenannten Precision Strike Missile (PrSM), die zur Bekämpfung beweglicher Land- und Seeziele eingesetzt wird, teilte das Unternehmen am Montag (Ortszeit) mit. Die Langstreckenwaffe der nächsten Generation soll das bisherige System ATACMS ersetzen (Reuters).

## Marktmeldungen

Die **Steuereinnahmen** von **Bund und Ländern** sind im August erneut nur leicht gestiegen. Sie erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,7 Prozent auf 64,32 Milliarden Euro, wie aus dem neuen Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums hervorgeht, der am Dienstag veröffentlicht werden soll. In den ersten acht Monaten zusammen beträgt das Plus 0,9 Prozent auf 581,78 Milliarden Euro. Experten gehen für das Gesamtjahr 2026 von einer Steigerung in Höhe von 1,2 Prozent aus (Reuters).

Die **führenden Wirtschaftsforschungsinstitute** heben einem Zeitungsbericht zufolge ihre **Wachstumsprognose für Deutschland** deutlich an. Die deutsche Wirtschaft werde demnach in diesem Jahr um 1,3 Prozent zulegen, berichtet das "Handelsblatt" unter Berufung auf Insider. Im Frühjahr waren die Institute lediglich von 0,6 Prozent ausgegangen. Auch für 2027 sind die Institute dem Bericht zufolge optimistischer. Sie erwarten nun ein Plus beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1,1 Prozent nach im Frühjahr erwarteten 0,9 Prozent. Das stärkere Wachstum sei zum einen auf Impulse durch die erhöhten Staatsausgaben für Verteidigung und Infrastruktur zurückzuführen und zum anderen auf schwächere Auswirkungen geopolitischer Krisen.

"**Ich möchte Ministerpräsident bleiben**", sagt der **nordrhein-westfälische Ministerpräsident** Hendrik Wüst (CDU) der "Rheinischen Post". Auf die Nachfrage, ob er das für immer bleiben wolle, sagte Wüst: "So lange, wie es geht." Wüst habe hinzugefügt, Personaldebatten seien jetzt nicht zielführend. Mit ihrem gemeinsamen Brief hätten die CDU-Ministerpräsidenten einen Beitrag zur Stabilität geleistet. Vor allem sei es dabei darum gegangen, Gedanken über eine mögliche Minderheitsregierung eine Absage zu erteilen. Das wäre "Chaos", sagt Wüst demnach.

Die **AfD-Bundestagsfraktion** bereitet sich einem Zeitungsbericht zufolge auf eine mögliche **CDU/CSU-Minderheitsregierung** vor und skizziert in einem internen Papier drei Szenarien für eine Zusammenarbeit. Dazu zählen eine punktuelle Kooperation bis zur nächsten Bundestagswahl sowie eine grundsätzliche Bereitschaft zur fallweisen Zusammenarbeit, berichtet die "Bild" unter Berufung auf Fraktionskreise. Eine Unterstützung gebe es laut der Vorlage des Fraktionsvorstands jedoch nicht umsonst. Als Bedingungen fordere die AfD unter anderem einen Posten als Bundestagsvizepräsident, Ausschussvorsitze sowie eine stärkere Einbindung in parlamentarische Beratungen. Inhaltlich könne sich die Partei eine Kooperation etwa bei einer Verschärfung des Staatsangehörigkeitsrechts, der Rückkehr zur Atomkraft oder der Streichung des Bürgergelds für ukrainische Flüchtlinge vorstellen (Reuters).

**Chinas Außenminister** Wang Yi hat nach Angaben aus Peking in einem Telefonat mit seinem **deutschen Amtskollegen** Johann Wadephul vor einem **Handelskrieg** zwischen der Volksrepublik und Europa gewarnt. Beide Seiten seien umfassende **strategische Partner** und sollten ihre Differenzen durch Dialog lösen, teilte das chinesische Außenministerium am späten Montagabend mit. Wang äußerte demnach die Hoffnung, dass Deutschland eine pragmatische Haltung einnehme und sich in der EU für Freihandel sowie gegen Protektionismus einsetze. Das Auswärtige Amt erklärte auf der Kurznachrichtenplattform X, beide Minister seien sich einig gewesen, dass eine stabile Weltwirtschaft im beiderseitigen Interesse liege. "Die Handelsbeziehungen müssen auf fairen Regeln und echten gleichen Wettbewerbsbedingungen beruhen", hieß es weiter (Reuters).

Die **Europäische Union** (EU) und die **Philippinen** haben sich im Grundsatz auf ein **Freihandelsabkommen** verständigt. Dies teilte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Dienstag nach einem Gespräch mit dem philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos Jr. auf der Kurznachrichtenplattform X mit. Der EU-Kommissar für Handel und wirtschaftliche Sicherheit, Maroš Šefčovič, und die philippinische Handelsministerin Ma. Cristina Roque erklärten in einer gemeinsamen Mitteilung, die Unterhändler seien angewiesen worden, das Abkommen so schnell wie möglich final auszuarbeiten (Reuters).

Die **EU-Marinemission im Roten Meer** benötigt nach den Worten der europäischen Außenbeauftragten Kaja Kallas mehr als zehn Kriegsschiffe. Derzeit seien nicht so viele Schiffe in der Region im Einsatz, sagt Kallas am Rande der UN-Vollversammlung in New York. Die Lage sei inzwischen noch ernster als zu Beginn des "Aspides"-Einsatzes, erklärt sie. Diplomaten zufolge hat Kallas die Mitgliedstaaten bereits in einem Brief um weitere Marine- und Luftstreitkräfte gebeten (Reuters).

Wenige Wochen vor den Zwischenwahlen in den USA ist die **Zustimmung** für **US-Präsident** Donald Trump einer Umfrage zufolge auf den **tiefsten Stand seiner politischen Karriere** gefallen. In einer am Sonntag abgeschlossenen Erhebung der Nachrichtenagentur Reuters und des Instituts Ipsos zeigten sich nur noch 32 Prozent der Befragten mit Trumps Arbeit zufrieden, nach 35 Prozent in der Vorwoche. Die Zustimmung unter den Republikanern für Trump sank binnen einer Woche von 82 auf 73 Prozent. Grund dafür ist den Angaben zufolge der Umgang der US-Regierung mit den steigenden Lebenshaltungskosten vor dem Hintergrund des unpopulären Krieges gegen den Iran (Reuters).

Die **USA** wollen Insidern zufolge ihre **militärische Präsenz in Grönland** ausbauen. Ein Abkommen zur Wiedereröffnung eines früheren Stützpunktes und zum Aufbau einer weiteren Militärpräsenz solle am Dienstag um 16.30 Uhr (MESZ) am Rande der UN-Vollversammlung in New York zwischen den USA, Dänemark und Grönland unterzeichnet werden, sagten drei mit dem Vorgang vertraute Personen der Nachrichtenagentur Reuters. Das Weiße Haus lehnte einen Kommentar zu den Details ab, bekräftigte jedoch eine frühere Erklärung, wonach das Abkommen "die Sicherheit Grönlands und der USA gewährleisten und verteidigen" werde.

Die US-Nachrichtensender **CNN** und **MS NOW** sowie das Magazin "**Politico**" haben eine **Klage gegen die Regierung von Präsident Donald Trump** eingereicht. Damit wollen sie ihre im ersten Zusatz der US-Verfassung verankerten Rechte schützen, wie die Medienhäuser am Montag mitteilten. Sie reagierten damit auf Trumps Ankündigung, Journalisten der Medienhäuser vom Gelände des Weißen Hauses zu verbannen (Reuters).

Die **USA** erwägen im eskalierenden Handelsstreit mit **Kanada** verstärkte **Kali-Käufe** bei dem engen Russland-Verbündeten **Belarus**. Die USA arbeiteten an einem umfangreichen Abkommen dazu, schrieb US-Präsident Donald Trump am Montag auf seiner Plattform Truth Social. Der Preis für Kali aus Belarus werde deutlich unter dem liegen, den die USA derzeit an Kanada zahlten. Das Nachbarland liefert bislang den Großteil der US-Kali-Importe, das als Düngemittel zur Steigerung von Ernteerträgen eingesetzt wird (Reuters).

Bei **russischen Angriffen** sind in der **Ukraine** eine Frau und ein Kleinkind getötet worden. Die Frau kam nach Angaben regionaler Behörden bei einer Attacke auf einen Bus im Gebiet Saporischschja im Südosten des Landes ums Leben. Drei weitere Menschen seien dabei verletzt worden. Details zu dem Angriff wurden nicht genannt. Im südukrainischen Gebiet Mykolajiw kam nach Behördenangaben ein dreijähriges Kind ums Leben. Der Junge war demnach gerade auf der Straße, als es einen Luftangriff gab (dpa/AFX).

Der **Kreml** räumt **kritische Engpässe** bei der **Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten** in der russisch-kontrollierten ukrainischen Stadt **Oleschky** ein. Das russische Militär arbeite an einer Lösung, teilt die Regierung in Moskau mit. Der ukrainische Außenminister Andrij Sybiha wirft den russischen Truppen dagegen vor, humanitäre Hilfe zu blockieren und nicht auf Evakuierungsanfragen zu reagieren (Reuters).

## Automobile / Zulieferer

**VW** will beim laufenden **Sparprogramm** der Kernmarke die Schlagzahl erhöhen. "Wir haben absolut keine Zeit zu verlieren und werden deshalb in unserem Performance-Programm nochmal deutlich nachlegen", sagte VW-Markenchef Thomas Schäfer bei einer Betriebsversammlung in Wolfsburg. Er hätte sich gewünscht, dass die 2024 vereinbarten Maßnahmen bereits ausreichen. Wegschauen löse aber keine Probleme. "Über das Wie werden wir jetzt mit der Mitbestimmung sprechen" (dpa/AFX).

## Gesundheitswesen

**Kanzler** Friedrich Merz hat eine **Debatte über Änderungen für privat Krankenversicherte** ausgelöst. "Wenn sich in der Bevölkerung der Eindruck verfestigt, dass diejenigen, die privat versichert sind, sofort jede Leistung bekommen und diejenigen, die gesetzlich krankenversichert sind, Wochen und Monate darauf warten müssen, dann ist das genau ein solches Gerechtigkeitsproblem", sagte der CDU-Vorsitzende am Montag in Berlin. Das müsse die schwarz-rote Regierung angehen. "Wir haben in der Koalition verabredet, dass wir die Entscheidungen in der gesetzlichen Krankenversicherung wirkungsgleich auf die private Krankenversicherung übertragen. Das haben wir bis jetzt nicht gemacht und das werden wir nachholen müssen." (Reuters).

## Öl & Gas

Die **Bundesregierung** drückt beim angestrebten **Tankrabatt** aufs Tempo und hat den Gesetzentwurf dazu auf den Weg gebracht. Er wurde nach Angaben einer Regierungssprecherin vom Kabinett im Umlaufverfahren beschlossen. Vom 1. Oktober bis 31. Dezember soll die Energiesteuer auf Diesel und Benzin um rund 14 Cent pro Liter gesenkt werden. Die Mehrwertsteuer eingerechnet ergibt sich laut Regierung an der Zapfsäule eine Entlastung von bis zu 17 Cent pro Liter. Das Finanzministerium rechnet damit, dass der Bund deswegen 2,485 Milliarden Euro weniger Steuern einnimmt. Die Länder sollen die Hälfte davon tragen (dpa/AFX).

## Reisen / Luftfahrt / Freizeit

An mehreren **Flughäfen** an der **US-Ostküste** kommt es nach einer **technischen Störung** zu teils massiven Verspätungen. An einigen Airports gilt seit dem Montagmorgen (Ortszeit) sogar ein Flugstopp. Dies sind die New Yorker Flughäfen Newark und Westchester County, sowie der Flughafen Teterboro in New Jersey, wie die US-Luftfahrtbehörde (FAA) mitteilte. Es kommt zu massiven Verspätungen und Hunderten Flugstreichungen (dpa/AFX).



STEBING AG  
WERTPAPIERHANDELSBANK



## FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

[privatemarkets.faros-consulting.de](http://privatemarkets.faros-consulting.de)

### Kontakt

Wolfgang Steubing AG  
Wertpapierdienstleister  
Goethestraße 29  
60313 Frankfurt a. M.  
T +49 69 29716 0  
F +49 69 29716 111  
[info@steubing.com](mailto:info@steubing.com)  
[www.steubing.com](http://www.steubing.com)

### Morning News

Alexander Dietzer  
T +49 69 29716 149  
[alexander.dietzer@steubing.com](mailto:alexander.dietzer@steubing.com)

### Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn  
T +49 69 29716 131  
[michael.heidn@steubing.com](mailto:michael.heidn@steubing.com)

### Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

### Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)  
Graurheindorferstraße 108  
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28  
D-60439 Frankfurt

